attac Ulm-Rundbrief

Mai 2004

www.attac.de/ulm

Bestellen kann man den Rundbrief über ***www.attac.de/ulm***

Inhalt:

1 - Aktuell: Horst Köhler wird Bundespräsident
2 - Bericht vom Attac-Ratschlag in Essen
3 - Geist des GATS in Ulm: Heimliche Privatisierung der SWU
4 - Sieg der WTO - Genmais landet in Europa an
5 - Unsere Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl
6 - Vermischtes

Aktuell: Horst Köhler wird Bundespräsident

Am 23. Mai wurde Horst Köhler zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Für dieses Amt qualifiziere ihn insbesondere seine außerordentliche ökonomische Kompetenz, so die medial verbreitete Meinung. Verschwiegen wird, daß Horst Köhler seine "ökonomischen Fähigkeiten" in der Vergangenheit zur Durchsetzung und Vertiefung des neoliberalen Kurses der Weltwirtschaft eingesetzt hat. Als geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds hat er sich zwar verbal für Armutsbekämpfung und Schuldenreduzierung eingesetzt, gleichzeitig aber die Politik der Strukturanpassung fortgesetzt. Diese zwingt die verschuldeten Länder des Südens regelmäßig zur erheblichen Kürzung der öffentlichen Ausgaben, insbesondere der oft nur rudimentär vorhandenen staatlichen Gesundheits- und Bildungsprogramme. Zweck ist die Umlenkung der Staatseinnahmen von Sozialleistungen in den Schuldendienst, Privatisierung von Wasser und Stromversorgung mit drastisch steigenden Preisen, welche die Armen nicht bezahlen können, oder die Aufhebung von Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel. Anschließend steigt die Zahl der Hungernden noch weiter an. Ein weiteres Beispiel ist die völlige Öffnung der heimischen Märkte für ausländische Importe. Diese verdrängen heimische Waren und ruinieren Kleinbauern und lokale Unternehmen. Unter seiner Führung wurde die finanzielle Auspressung der Entwicklungsländer fortgesetzt. Ihre Schulden stiegen um 200 Mrd. US-Dollar. Auch fortschrittlichen Regierungen, wie der brasilianischen, die ernsthaft für eine Bekämpfung des Hungers eintreten, wird keine Chance gelassen. Der IWF und Köhler verlangen das Erbringen von Schuldzahlungen in Höhe von 50 Mrd. Dollar allein im Jahr 2003. Das Schicksal von 16,7

Millionen BrasilianerInnen, die chronisch unterernährt sind, ist für den IWF irrelevant. Nach Köhlers jüngsten Äußerungen sind auch in Deutschland "Reformen" wie die Agenda 2010 notwendig und bei Weitem noch nicht ausreichend...

Bericht vom Attac-Ratschlag in Essen

Attac-Mitglieder aus ganz Deutschland (darunter auch 3 Ulmer) haben am Wochenende des 7.-9. Mai in Essen beim bundesweiten "Attac-Ratschlag" über die Arbeit der kommenden Monate diskutiert und Aktionen vorgestellt. Zum Beispiel startet Attac gemeinsam mit anderen Gruppen eine Fragebogen-Aktion, mit der alle Kandidaten zum Europa-Parlament aufgefordert werden, ihre Position zu Fragen des internationalen Handels - insbesondere auch der Tobin-Steuer - offenzulegen. Die Ergebnisse der Fragen zum Dienstleistungsabkommen GATS, zu Agrar-Dumping, Transparenz und der Verantwortlichkeit transnationaler Konzerne sollen Anfang Juni (auch auf www.attac.de/ulm) vorgestellt werden. Fortsetzen will Attac auch die Kooperation mit den Gewerkschaften bei den Protesten gegen den Sozial-Kahlschlag. Gleichwohl muß in Zukunft über eine ausgewogenere Präsentation der Veranstalter nachgedacht werden, denn obwohl Attac Deutschland der eigentliche Urheber dieser Demonstration war, erschienen in den Medien fast nur Gewerkschaftsmottos. Auch beim Kampf gegen die Privatisierung kommunaler Einrichtungen wollen Attac und Gewerkschaften stärker kooperieren.
Siehe dazu auch unser nächster Artikel 'Geist des GATS in Ulm : Heimliche Privatisierung der SWU'. Nach eingehender Diskussion wurde auf diesem Ratschlag auch eine Resolution zum geplanten "Vertrag über eine Verfassung für Europa" der EU verabschiedet. Die Kernthesen des Attac-Papiers: 'Der Entwurf gefährdet die in den Mitgliedsstaaten über Jahrhunderte erkämpften sozialen und demokratischen Grundrechte, statt sie ausreichend zu schützen. Während die "unternehmerische Freiheit" ein vertraglich geschütztes Grundrecht werden soll (II-16), das durch die Bestimmungen zum Binnenmarkt und zur Handelspolitik fast überall Vorrang genießt, gibt es keinen gleichwertigen Schutz für die sozialen Rechte der in der EU lebenden Menschen. Die komplette Verlagerung der Kompetenz in Fragen der Handels- und Investitionspolitik auf EU-Ebene führt zu einer weiteren Entdemokratisierung der Handelspolitik (III-217). Schon heute stehen die Verhandlungspositionen der EU in der Welthandelsorganisation WTO und in bilateralen Handelsabkommen im direkten Widerspruch zu den Anrechten vieler Menschen im Norden und Süden auf gerechte Teilhabe am erwirtschafteten Wohlstand. Wenn die nationalen Parlamente die Handelsverträge in Zukunft nicht mehr ratifizieren müssen, hat die Zivilgesellschaft noch weniger Möglichkeiten, diese Politik mitzugestalten.
Mit dem Vertrag über eine Verfassung werden die Mitgliedsstaaten darauf verpflichtet, ihre "militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (I-40). Durch die vertragliche Festschreibung der

bereits beschlossenen Rüstungsagentur wächst in der EU ein militärisch-industrieller Komplex heran, der sich zudem einer demokratischen Kontrolle weitgehend entzieht.'

Die vollständige Resolution findet sich unter: http://www.attac.de/eu-ag/. Weiterhin hat dieser Ratschlag neue Impulse für die Arbeit der Gruppen vor Ort gegeben. Zum nächsten Attac-Ratschlag im Herbst in Hamburg sind alle Leser herzlich eingeladen mitzufahren!

Geist des GATS in Ulm und Neu-Ulm: Heimliche Privatisierung der SWU

Dieser Artikel ist noch recht spekulativ und beruht auf einer schlecht gesicherten Informationslage. Deshalb sind alle Leser aufgefordert, Falsches zu ändern und neue Informationen beizutragen! Ein Grund für die Unsicherheit ist, daß die Verhandlungen darüber im Gemeinderat eher im stillen Kämmerchen geführt werden. Aber dieses Vorgehen von Seiten der Stadt sind wir nicht erst seit Cross-Border-Leasing gewohnt.

Um was geht es?

EON will durch und mit seinem Tochterunternehmen Thüga bei der SWU Energie mit ~ 25 % einsteigen. Nachdem das Kartellamt diesen Deal zum Glück wegen drohender Marktbeherrschung bereits verboten hatte, schreiten der Ulmer (und Neu-Ulmer) Gemeinderat jetzt erneut zum Verscherbeln des Tafelsilbers. Mit einer 'Konservierungsvereinbarung' will er das Verbot umgehen und die Thüga für 2 Jahre an ihr Angebot binden.

Warum ist denn so ein 'strategischer Partner' schlecht für Ulm und Neu-Ulm, und was hat das alles mit Globalisierung zu tun?

Im Gegensatz zu Frankreich, wo diese Woche 80.000 Demonstranten gegen die drohende Privatisierung ihrer Energieversorger auf die Straßen gingen, schlafen wir hier in Deutschland scheinbar noch. Denn momentan ist die SWU noch in kommunaler Hand, das heißt, dem Interesse des Bürgers dienend, wird die SWU von der Stadt verwaltet. Sobald jedoch ein kommerzieller Anbieter (wie die Thüga) den Fuß in die Tür bekommt, fällt die SWU unter das 2005 gültig werdende GATS-Reglement. Um an zwei Beispielen zu verdeutlichen, was für Ulm die Folgen dieser Privatisierung im Wassersektor sein könnten:
In Paris, wo eine ähnliche Konstruktion gewählt wurde, stiegen die Wasserpreise um 100 Prozent in einem Jahr. In Großbrittannien wurden Zehntausende im Wassersektor Arbeitende wegrationalisiert, die Gewinne der Unternehmen flossen jedoch in Vorstandsgehälter und Aktiengewinne statt in die verrottenden Wasserrohre, hier stiegen die Gebühren um ca 30 % während die Wasserqualität sank...

Fazit:

Wird die SWU privatisiert, ist sie nicht mehr (wie nach ihrer jetzigen Rechtsform noch) vor dem GATS-Reglement geschützt, sondern muß mit allen anderen Wasser- und Energieanbietern voraussichtlich ab 2005 konkurrieren.
Der neue Trick mit der Konservierungsvereinbarung zielt nach unserer Meinung auf die Marktöffnung durch das GATS im Jahr 2005 ab.
Attac Ulm wird sich, sollten sich diese Informationen bewahrheiten, mit einem breiten Aktionsbündis gegen diesen Ausverkauf kommunaler Daseinsvorsorge zur Wehr setzen, weitere Hintergrundinformationen erscheinen demnächst auf unserer Internet-Seite!

Sieg der WTO - Genmais landet in Europa an

Attac übt scharfe Kritik an der neuerlichen Entscheidung der EU-Kommission, den Genmais Bt11 des Schweizer Konzerns Syngenta zuzulassen. Damit endet das seit 1998 in der EU bestehende Gentechnik-Moratorium. "Die EU-Kommission hat schon jahrelang auf die Aufhebung des Moratoriums hingearbeitet. Nun hat sie sich durchsetzen können. Das hat nicht zuletzt der Druck der WTO bewirkt", kritisierte Cornelia Reetz von Attac. Die Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt derzeit eine Klage der USA, Kanadas und Argentiniens gegen das EU-Moratorium. Die USA fordern als Entschädigung für den ihnen angeblich entstandenen Schaden eine Summe von 1,8 Milliarden US-Dollar von der EU. Kritiker befürchten, daß die Kommissionsentscheidung eine Signalwirkung für die Gentechnik-Regulierung weltweit darstellen könnte. "Das Einknicken der EU ist auch ein schwerer Schlag für andere Länder, die die Einfuhr und den Anbau von Genpflanzen regulieren wollen. Die EU-Kommission handelt vollkommen unverantwortlich", sagte Cornelia Reetz. Es komme jetzt darauf an, diesen Ländern klar zu signalisieren, dass zwar einige Politiker und die Gentechnik-Industrie der Gentechnik den Weg ebnen wollen, daß Verbraucherinnen und Verbraucher, Landwirtinnen und Landwirte jedoch weiterhin am Moratorium festhalten werden.
Attac Ulm hat nach der erfolgreichen Gentomaten-Aktion in der Ulmer Fußgängerzone an Bundestagsabgeordnete aus unserem Landkreis eine Anfrage zum Gentechnikgesetz verschickt. Zu diesem Gesetz, das im April vom Bundestag verabschiedet wurde, haben uns Hilde Mattheis (SPD) und Heinz Seiffert (CDU) geantwortet. Man kann die Antworten als PDF-Format im Original nachlesen - jede(r) möge sich seine Meinung selber bilden...
Hintergründe zur Gentechnik kann man unter www.genug-wto.de bekommen oder in unserer Gentechnik-Rubrik unter www.attac.de/ulm.

Unsere Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl

In Zusammenarbeit mit INULM haben wir sogenannte "Wahlprüfsteine" entworfen, die wir kürzlich 112 Ulmer Kandidaten und Kandidatinnen für den neuen Stadtrat zugeschickt haben. Die Wahlprüfsteine sind ein Fragenkatalog von insgesamt 11 Punkten, der anhand konkreter Beispiele in Ulm abfragt, wie der/die KandidatIn zu Aspekten der neoliberalen Globalisierung und der einhergehenden Entwicklungen konkret in Ulm steht. Wir hoffen, damit interessierten BürgerInnen eine weitere Möglichkeit zu geben, ihre Wahlentscheidung besser treffen zu können.
Kurz vor dem 13. Juni werden wir den Rücklauf der Antworten analysieren, die Ergebnisse zusammenfassen und schließlich veröffentlichen (u.a. auf www.attac.de/ulm, hier gibt es auch die Wahlprüfsteine). Die ersten Rückmeldungen und interessanten Antworten werden momentan aufbereitet und sind demnächst online verfügbar, zusätzlich ist eine Pressekonferenz geplant.

Vermischtes

Für weitergehende Informationen und unsere regelmäßigen Treffen sei hier auch wieder auf unsere Internetpräsenz www.attac.de/ulm hingewiesen. Wegen des Feiertages trifft sich das Plenum am 31.5. um 20 Uhr in der Kneipe "Stadt Heidenheim" in der Gaisenbergstraße 32 in Ulm.

Dieser Rundbrief geht aktuell an 130 Leser, schreibt weitere Fragen, Anregungen, Termine und Verbesserungen bitte an niklas.schurig@student.uni-ulm.de